

Senatskanzlei

Bremen, 22. November 2019

### Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 26. November 2019

### **Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 19. bis 21. November 2019**

---

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 19. bis 21. November 2019 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

#### **Stadtbürgerschaft am 19. November 2019**

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 20. November 2019)

#### **Nr. 20/27 S**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133  
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Bebauung  
westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg,  
Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte**

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2019

(Drucksache [20/4 S](#))

Die Mitteilung ist vom Senat zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/28 S**

#### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 18. November 2019

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Ortsgesetz über die Aufhebung der förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes „Waller Heerstraße“

Mitteilung des Senats vom 24. September 2019  
(Drucksache [20/45 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der städtischen Betriebsausschüsse

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 30. Oktober 2019  
(Drucksache [20/54 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt Frau

Kerstin Eckhardt

anstelle von Herrn Yakup Metih Celik zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrates der Anstalt Die Bremer Stadtreinigung, Anstalt öffentlichen Rechts

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/61 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/62 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/63 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Controllingausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/64 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Hafenausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/65 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Petitionsausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/66 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/67 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/68 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Mitglieder der städtischen Deputation für Inneres

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/69 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Mitglieder der städtischen Deputation für Kinder und Bildung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/70 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Mitglieder der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/71 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Mitglieder der städtischen Deputation für Kultur

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/72 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

16. Mitglieder der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/73 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Mitglieder der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/74 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

18. Mitglieder der städtischen Deputation für Sport

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/75 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten  
der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

19. Mitglieder der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/76 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten  
der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

20. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 2

vom 8. November 2019  
(Drucksache [20/81 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen  
wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## Nr. 20/29 S

### Fragestunde

1. Infoveranstaltung zum Abrufen von Bundesgeldern für die Digitalisierung in Schulen  
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 18. September 2019
2. Warum geht Bremen bei den Strukturhilfen des Bundes für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken leer aus?  
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. September 2019
3. Verwaltungsaufwand für Sportvereine minimieren  
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Sahhanim Görgü-Philipp, Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2019
4. Verbindung nicht möglich – WLAN für Ortsämter und Beiräte  
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Yvonne Averwieser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. September 2019
5. Werden Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter von Lime bei der weiteren Bewertung berücksichtigt?  
Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Jasmina Heritani, Sascha Au-lepp, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2019
6. Verhängung von Ordnungsgeldern bei Mietwucher  
Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2019
7. Wie gut ist der 110-Prozess der Polizei in der Stadt Bremen aufgestellt?  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. Oktober 2019
8. Verunreinigung des öffentlichen Spielplatzes der Kita Gleimstraße mit Drogenbesteck und zerbrochenen Glasflaschen  
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. Oktober 2019
9. Intelligenter Fahrradverkehr auch in Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. Oktober 2019
10. Zentrale Fachstelle Wohnen (ZFW) – in Bremen Nord unbesetzt  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. Oktober 2019

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Oktober 2019

12. Versorgung von Wohnungslosen in Bremen-Nord

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 22. Oktober 2019

13. Kein Baugrundstück für Baugemeinschaft in Schwachhausen?

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. November 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 20/30 S**

**Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 20/31 S**

**Angebotsorientierte Gewerbeflächenentwicklung in Bremen vorantreiben – Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 zügig vorlegen!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. September 2019  
(Drucksache [20/43 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 20/32 S**

### **Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren und stadtweit – Kriterien für ein Budget zur Finanzierung von Angeboten mit stadtteilübergreifender Bedeutung entwickeln!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP

vom 6. November 2019

(Neufassung der Drs. [20/52 S](#) vom 24. Oktober 2019)

(Drucksache [20/60 S](#))

Der Senat wird beauftragt sicherzustellen, dass der Jugendhilfeausschuss kurzfristig eine Unterarbeitsgruppe gründet, deren Aufgabe es ist, Kriterien aufzustellen, nach denen in Zukunft die Zuordnung in stadtteilübergreifende Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgen kann.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. darzustellen, wie eine Benachteiligung einiger Stadtteile durch die Separierung der stadtteilübergreifenden Angebote vermieden werden kann, insbesondere jener Stadtteile ohne stadtzentrale Angebote;
2. eine einheitliche Förderrichtlinie vorzulegen, die eine Erweiterung der Kernzielgruppe auf Kinder unter zwölf Jahren vorsieht und damit eine Förderung von Angeboten für Jüngere sichert;
3. der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und dem Jugendhilfeausschuss bis Februar 2020 die Ergebnisse vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 20/33 S**

### **Ein neues Zentrum für einen alten Stadtteil – Hemelingens städtebauliche Entwicklung absichern**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. November 2019

(Neufassung der Drs. [20/77 S](#) vom 12. November 2019)

(Drucksache [20/84 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft bekräftigt die stadtentwicklungspolitischen Ziele für das ehemals von den Firmen Könecke- und Coca-Cola genutzte Gelände, wie sie im Planaufstellungsbeschluss vom März 2019 festgelegt worden sind. Sie sieht darin insbesondere die Möglichkeit, dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen sowie ein neues Zentrum für Hemelingen entwickeln zu können.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ihr unverzüglich ein Vorkaufsortsgesetz sowie die zur Sicherung der Planungsziele erforderlichen Veränderungssperren für das genannte Gebiet zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 20/34 S**

### **Obdachlosigkeit bekämpfen - Housing First auch in Bremen umsetzen**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/78 S](#))

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft erachtet die bestmögliche Reduzierung der Wohnungslosigkeit als ein wichtiges sozialpolitisches Ziel. Zur langfristigen Vermeidung und Reduzierung der Obdachlosigkeit in der Stadtgemeinde Bremen erscheint der „Housing First“-Ansatz als geeignete Ergänzung zu den bestehenden Angeboten und des Konzepts Einfach Wohnen.
2. Der Senat wird daher aufgefordert, ein Pilotprojekt „Housing First“ zur Vermittlung von Wohnungen an Obdachlose zu entwickeln.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, ein ressortübergreifendes Konzept vorzulegen, welches insbesondere folgende Aspekte beinhaltet:
  - a) Wie der jährliche Kauf von 50 Belegrechten und deren Verwaltung im Rahmen eines Pilotprojekts gestaltet werden soll. Das Konzept soll mindestens ein Kontingent von 35 Belegrechten jährlich für „Housing First“ vorsehen;
  - b) Identifizierung von Flächen und Wohnobjekten durch die zuständigen Ressorts, die kurz- und mittelfristig sowohl im Bestand als auch im Neubau realisiert werden können, zur Umsetzung des Housing-First-Ansatzes;

- c) Darunter Identifizierung von Flächen und Wohnobjekten, die insbesondere für Wohnungslose geeignet sind, die mehr Frei- und Toleranzräume benötigen;
  - d) Prüfung von Instandsetzung, Erhalt und der weiteren Akquise von sehr niedrigpreisigen Wohnungen außerhalb des Geschosswohnbaus (sogenannter Schlichthäuser), die im Rahmen gemischter Nutzungskonzepte unter anderem auch für die Vermittlung von Obdachlosen in Wohnen geeignet sind, für die eine Vermittlung in Geschosswohnbau kein realistisches Angebot ist;
  - e) Angaben wie die begleitende Betreuung für die genannten Angebote umgesetzt werden müsste;
  - f) Vorschläge wie die Notlage von Wohnungslosen, die nicht in Wohnraum vermittelt werden können oder wollen, zum Beispiel durch die verbesserte Verfügbarkeit von Schließfächern, Toiletten und Duschen abgemildert werden kann.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat kurzfristig gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe zu prüfen, inwiefern die Öffnungszeiten der beheizten Aufenthaltsangebote und Unterkünfte für Wohnungslose während des Winters verlängert und ob Lösungen für die Haltung von Hunden umgesetzt werden können.
  5. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat auch weiterhin fortlaufend zu prüfen, welche Flüchtlingsunterkünfte gegebenenfalls nicht mehr benötigt werden und für Obdachlose genutzt werden könnten.
  6. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, den zuständigen Deputationen binnen sechs Monaten über die ergriffenen und zu ergreifenden Maßnahmen zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport in Abstimmung mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und dem Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 20/35 S**

**Freie Fahrt bis 21 – Kostenfreies Schülerticket jetzt einführen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 5. November 2019

(Drucksache [20/55 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/36 S**

##### **Den ÖPNV mit synthetischem Kraftstoff sauberer machen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 5. November 2019

(Drucksache [20/56 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/37 S**

##### **Bebauungsplan 2430**

**für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Buntentorsdeich,  
beiderseits Am Damacker und der Grünverbindung zum  
Werdersee**

Mitteilung des Senats vom 5. November 2019

(Drucksache [20/58 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2430.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

## **Bürgerschaft (Landtag) am 20. und 21. November 2019**

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 22. November 2019)

### **Nr. 20/55**

#### **Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Stand und Umsetzung des Küstenschutzes im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 1. Oktober 2019

(Drucksache [20/94](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 20/56**

#### **Original Play nach Donaldson in Bremer Betreuungseinrichtungen verbieten**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 12. November 2019

(Drucksache [20/158](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 20/57**

#### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

vom 18. November 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2019

Mitteilung des Senats vom 24. September 2019

(Drucksache [20/86](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Haushaltslage gem. § 3 Abs. 2 Stabilitätsratsgesetz – Stabilitätsbericht 2019

Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2019

(Drucksache [20/91](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2019

(Drucksache [20/114](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 30. Oktober 2019

(Drucksache [20/117](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Wahl eines Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Kerstin Eckhardt

anstelle von Herrn

Yakup Metih Celik

zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Benennung eines Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) benennt als Mitglied des KGRE den Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Änderung der Geschäftsordnung und Neufassung der Datenschutzordnung der Bürgerschaft

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 11. November 2019  
(Drucksache [20/126](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Änderung der Geschäftsordnung und die Neufassung der Datenschutzordnung der Bürgerschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Rechtsausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/128](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/129](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/130](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Controllingausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/131](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/132](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Hafenausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/133](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Petitionsausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/134](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/135](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

16. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/136](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/137](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

18. Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/138](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

19. Mitglieder der staatlichen Deputation für Inneres

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/139](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des  
Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

20. Mitglieder der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/140](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des  
Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

21. Mitglieder der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt,  
Landwirtschaft und Tierschutz

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/141](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des  
Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

22. Mitglieder der staatlichen Deputation für Kultur

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/142](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des  
Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

23. Mitglieder der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/143](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

24. Mitglieder der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/144](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

25. Mitglieder der staatlichen Deputation für Sport

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/145](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

26. Mitglieder der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/146](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

27. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 2

vom 13. November 2019

(Drucksache [20/165](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 20/58**

**Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs**

Herr Grotheer leistet gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde.“

Herr Grotheer leistet den Eid mit folgenden Worten:

„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## Nr. 20/59

### Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

**„Neue Perspektiven statt alter Ausreden –  
Landeskrankenhaus-  
planung und kommunale Kliniken in Bremen brauchen  
einen Neustart“;**

2. auf Antrag der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

**„Anschläge auf die Immobilienwirtschaft – Dem  
Linksextremismus entschlossen entgegentreten!“;**

3. auf Antrag der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Sascha Aulepp, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

**„Die Grundrente – ein wichtiger Schritt gegen  
Altersarmut  
in Bremen“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## Nr. 20/60

### **30. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention: Die Stärkung der Kinderrechte bleibt eine Zukunftsaufgabe!**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD, DIE LINKE und der FDP

vom 19. November 2019

(Drucksache [20/175](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich anlässlich des heutigen 30. Jahrestages erneut zur UN-Kinderrechtskonvention und würdigt diese Errungenschaft.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Ziele und Rechte und wird stets darauf achten, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention gewahrt und weitergehend verwirklicht werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt alle Initiativen, die die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven fördern und sich dafür einsetzen, dass die Kinderrechte im Land Bremen unter Kindern, Jugendlichen

und Erwachsenen, zum Beispiel über die Curricula in Kindertagesstätten und Schulen, bekannter gemacht werden, so dass in der Gesellschaft ein breites Bewusstsein für die Kinderrechte erreicht wird.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) ermutigt die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, dem Programm der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk und UNICEF beizutreten und sich um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ zu bemühen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend), der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 20/61**

### **Das Bremer Stahlwerk braucht politische Unterstützung!**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 19. November 2019

(Neufassung der Drucksache [20/103](#) vom 18. Oktober 2019)

(Drucksache [20/176](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt sich mit der Belegschaft sowie mit der Geschäftsführung von ArcelorMittal Bremen solidarisch in dem Ziel, das Bremer Stahlwerk wettbewerbsfähig und klimafreundlich aufzustellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten über die Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven den gesamten Instrumentenkasten, angefangen von Kurzarbeitergeld bis hin zu Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildungen, schnell und unkompliziert nutzen können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, zeitnah Zollkontingente für Stahlerzeugnisse und die Einführung eines neuen CO<sub>2</sub>-Grenzabgabensystems einzuführen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bis zur Realisierung dieser Maßnahmen und durch die nationalen Maßnahmen zur Verstärkung des dringend erforderlichen Klimaschutzes für die Stahlindustrie, der Betrieb und die Fähigkeit dieser Industrie zu klimaschützenden Investitionen nicht gefährdet, sondern gestärkt

wird. Dabei ist darauf zu achten, dass EU-Programme und nationale Programme in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit dem Bund und ArcelorMittal ein Projekt zur Nutzung von grünem Wasserstoff als Grundstoff für die Stahlherstellung zu unterstützen und dafür Drittmittel des Bundes und der Europäischen Union einzuwerben.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, die bremischen und deutschen Stahlwerke müssen einen Innovationssprung bewältigen. Daher werden, wie von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gefordert, kurzfristig zukunftsweisende, technologieoffene und mit ausreichend Mitteln ausgestattete Förderprogramme der Europäischen Union und des Bundes benötigt, die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, aber auch großmaßstäbliche Projekte der Stahlindustrie zielgerichtet und praktikabel unterstützen. An diesen Förderprogrammen sollen das Bremer Stahlwerk und Bremer und Bremerhavener Forschungseinrichtungen partizipieren können. Neben den anfallenden Investitionskosten sollen im Rahmen der Förderprogramme auch die Betriebskosten des ökologischen Umbaus der Stahlindustrie berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (federführend) und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 20/62**

**Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Bundesmeldegesetzes hier: Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Eintragung von Auskunftsperren für Berufsgruppen, die sich aufgrund ihrer Berufsausübung in einer Gefährdungslage befinden oder Privatpersonen, die durch ihr grundrechtskonformes Verhalten zur Zielscheibe gewaltbereiter Gruppen geworden sind**

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2019  
(Drucksache [20/108](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 20/63**

### **Landwirte bei der Ausweitung der Düngeverordnung nicht alleine lassen!**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 12. November 2019  
(Neufassung der Drucksache [20/96](#) vom 2. Oktober 2019)  
(Drucksache [20/155](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 20/64**

### **Gesetz zum Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag Gesetz zur Änderung des Bremischen Glücksspielgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 19. November 2019  
(Drucksache [20/172](#))  
(Neufassung der Drucksache [20/104](#) vom 22. Oktober 2019)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Gesetze in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der Gesetze und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

## **Nr. 20/65**

### **Fragestunde**

#### 1. Tarifflicht in der Gebäudereinigung

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Ingo Tebje, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2019

#### 2. Wie steht es um den Aufbau einer Medizinausbildung in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Susanne Grobien, Thomas Rö-wekamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2019

3. Interessenvertretung der Pflegenden in Bremen „substanziell verankern“ – wie und ab wann?  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Thomas Röwe-kamp und Fraktion der CDU vom 25. September 2019
4. Umsetzung des Bundesprogramms „Neustart im Team“  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Frakti-on der CDU vom 25. September 2019
5. Gleichstellung der Verkehrsträger auch im Bremischen Reisekostengesetz?  
Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2019
6. Fristgerechte Auszahlung von Wohngeld  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Frak-tion der CDU vom 26. September 2019
7. Sitzmöglichkeiten ohne Verzehrzwang im Flughafen Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2019
8. Fehrmoor in Bremerhaven  
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Holger Welt, Mustafa GÜN-gör und Fraktion der SPD vom 8. Oktober 2019
9. Militante Neonazigruppe „Phalanx 18“  
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 14. Oktober 2019
10. Aktionen der Interventionistischen Linken (IL) in der Umweltbewegung  
Anfrage des Abgeordneten Mark Runge und Gruppe M. R. F. vom 21. Ok-tober 2019  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Verfassungsschutz wirbt um Mithilfe der Bremer Bürger im Kampf gegen „Rechts“  
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck, AfD-Einzelabgeordneter vom 21. Oktober 2019
12. Finanzielle Unterstützung vom Senat für neue stationäre Hospizplätze?  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Frak-tion der CDU vom 21. Oktober 2019
13. „Original Play“ in Kindertageseinrichtungen des Landes Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Frak-tion der CDU vom 28. Oktober 2019

14. Wie ist die Fachstelle für Glücksspielsucht aufgestellt?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 29. Oktober 2019

15. Vergiftungen durch E-Zigaretten

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Holger Welt, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. November 2019

16. Cyberkriminalität in Bremen und Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. November 2019

17. Beurteilt der Senat die ehemalige DDR als Unrechtsstaat?

Anfrage des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. November 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 20/66**

**Der Anschlag von Halle ist unser Auftrag, dem Antisemitismus und allen anderen Formen von Menschenverachtung kontinuierlich und entschieden entgegenzutreten!**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2019

(Drucksache [20/147](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den rechtsradikalen Terrorangriff in Halle/Saale aufs Schärfste. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der beiden Todesopfer und den in der Synagoge sowie dem türkischen Imbiss bedrohten Menschen. Unser Dank gilt den Einsatz- und Rettungskräften vor Ort, die durch ihr Eingreifen noch Schlimmeres verhindert haben. Unsere Solidarität gilt allen Opfern dieses Anschlages und deren Familien. Niemals dürfen in unserem Land Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Einstellung Angst um Leib und Leben haben müssen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine vollständige Aufklärung der Tat. Dazu gehört die Klärung, wer die Tat durch Waffen, Waffenteile oder Instrumente zum Waffenbau, durch Finanzierung oder Logistik oder durch formelle oder informelle Netzwerke oder in den sozialen Medien unterstützt oder gebilligt hat. Zu klären ist

auch, welche Plattformen im globalen Kontext derartigen kriminellen Missbrauch ermöglichen, erleichtern oder befördern.

3. Seit einigen Jahren trifft sich ein „Forum jüdisches Leben in Bremen“ zum regelmäßigen Austausch. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Präsidenten der Bürgerschaft gemeinsam mit dem Präsidenten des Senats, dieser Initiative unter ihrer Schirmherrschaft als „Forum der Freundinnen/Freunde der Jüdischen Gemeinde für die Förderung des jüdischen Lebens in Bremen“ einen festen Rahmen zu geben. Ziel und Arbeitsweise werden in einer gemeinsamen Grundsatzerklärung (Letter of Intent) festgehalten.
4. Diesem Forum sollen neben Vertreterinnen/Vertretern der Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft und des Senats, unter anderem die anderen Glaubensgemeinschaften, die Handelskammer, die Arbeitnehmerkammer, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Landeszentrale für politische Bildung, die Deutsch-Israelische-Gesellschaft, die Medien sowie die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Wohlfahrtsverbände angehören.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend), die Senatskanzlei und die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 20/67**

### **ENTschlossen und GESchlossen politischem Extremismus den Kampf ansaGEN**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/157](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 20/68**

**Den Angriff der Türkei in Syrien sofort stoppen!  
Für ein friedvolles Zusammenleben statt militärischer Gewalt**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 12. November 2019

(Drucksache [20/148](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den völkerrechtswidrigen türkischen Angriff in Nordost-Syrien auf das Entschiedenste und solidarisiert sich mit der betroffenen Zivilbevölkerung.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die türkische Regierung auf, einen friedlichen Weg einzuschlagen und das Militär sofort aus Nord-Syrien abzuziehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Aufklärung möglicher oder tatsächlicher Kriegsverbrechen durch die zuständigen Gremien der Vereinten Nationen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die Rolle an, die die Türkei als Aufnahmeland für syrische Flüchtlinge übernommen hat. Die Konflikte in der Region müssen – im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht – mit politischen und diplomatischen Mitteln und nicht auf militärischem Wege ausgeräumt werden. Oberste Priorität müssen der Schutz der Zivilbevölkerung und der ungehinderte, sichere und dauerhafte Zugang für humanitäre Hilfe überall in Syrien haben.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt der internationalen Koalition im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Sie haben Europa und die Welt bedeutend sicherer gemacht.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass mehrere Länder, darunter Deutschland, Waffenexporte in die Türkei gestoppt haben und fordert ein EU-weites konsequentes Waffenembargo.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) tritt in Bremen dafür ein, dass jede/jeder in Bremen mit seiner kulturellen Identität sicher und friedlich leben kann.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich an die Seite aller demokratischer Kräfte, die ein Ende des Konflikts fordern.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) steht weiterhin für friedliches und dialogorientiertes Miteinander. Der in der Türkei und in Syrien ausgetragene Konflikt darf auf keinen Fall auf Bremen übertragen werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 20/69**

### **Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen in Bremen sichtbar machen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der FDP

vom 11. November 2019

(Drucksache [20/127](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) eine Flagge zu entwickeln, die die Ziele der Istanbul-Konvention und zwei zentrale Botschaften öffentlich vermittelt: Wir ächten jede Form von Gewalt und wir bieten Betroffenen in Bremen und Bremerhaven Schutz. In diesem Zusammenhang sind ausreichende Schutzräume und Projekte für Frauen und Mädchen zur Stärkung gegen Gewalt und Unterdrückung von elementarer Bedeutung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 20/70**

### **Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Bremen endlich umsetzen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. November 2019

(Drucksache [20/170](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 20/71**

### **Distanz-Elektroimpulsgeräte im Einsatz- und Streifendienst im Land Bremen flächendeckend einsetzen!**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 12. November 2019

(Drucksache [20/159](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/72**

#### **Zukunftsperspektiven der Offshore-Windindustrie im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 16. August 2019  
(Drucksache [20/32](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2019**

(Drucksache [20/105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/73**

#### **„Fahren ohne Fahrschein“ entkriminalisieren**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 22. Oktober 2019  
(Drucksache [20/109](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Bundesratsinitiative Thüringens, mit der die unbefugte Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels als Straftatbestand aus dem Strafgesetzbuch (StGB) gestrichen und als Ordnungswidrigkeit in das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) eingefügt werden soll, zu unterstützen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Justiz und Verfassung (federführend), die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 20/74**

#### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2019  
(Drucksache [20/115](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/75**

#### **Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten  
Mustafa G ü n g ö r

anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten  
Dr. Andreas B o v e n s c h u l t e

zum stellvertretenden Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 20/76**

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Sprachbildung und -förderung in Kindertagesstätten  
und Schulen weiterentwickeln!  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE  
LINKE  
vom 23. Oktober 2019  
(Drucksache [20/111](#))
2. Fachärztliche Versorgung für Papierlose sicherstellen  
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die  
Grünen  
vom 23. Oktober 2019  
(Drucksache [20/112](#))

3. Mikroplastikbelastungen von Umwelt und Natur deutlich reduzieren  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE  
vom 5. November 2019  
(Drucksache [20/120](#))
4. Kein Asyl für Kriminelle mit Einreiseverbot!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/150](#))
5. Das Wahlrecht für Obdachlose stärken  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/154](#))
6. Klimaschutzstrategie für Bremen: Enquete-Kommission einsetzen  
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP  
vom 12. November 2019  
(Drucksache [20/156](#))
7. Änderung des Abgeordnetengesetzes  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses  
vom 18. November 2019  
(Drucksache [20/166](#))
8. Änderung des Gesetzes zur Finanzierung von Wählervereinigungen  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses  
vom 18. November 2019  
(Drucksache [20/167](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.